

Stand: 06.07.2025 01:06:43

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/15233

"Europäischer Ausschuss der Regionen - CALRE Konsultation der CALRE-Mitglieder zur Vorbereitung des Arbeitsprogramms der Europäischen Kommission 2022 Teil III - Verwirklichung des europäischen Grünen Deals (ökologische Aspekte)"

Vorgangsverlauf:

1. Europaangelegenheit (Drucksache) 18/15233 vom 13.04.2021
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/16644 des UV vom 22.06.2021
3. Beschluss des Plenums 18/16716 vom 24.06.2021
4. Plenarprotokoll Nr. 86 vom 24.06.2021



Europaangelegenheit

des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Beteiligung am Konsultationsverfahren der Europäischen Union;

Europäischer Ausschuss der Regionen - CALRE

Konsultation der CALRE-Mitglieder zur Vorbereitung des Arbeitsprogramms der Europäischen Kommission 2022

Teil III - Verwirklichung des europäischen Grünen Deals (ökologische Aspekte)

Verfahren gemäß § 83d BayLTGeschO

1. Der Ausschuss hat in seiner 37. Sitzung am 13. April 2021 im Wege der Vorprüfung einstimmig beschlossen, dass eine Beteiligung des Landtags am Konsultationsverfahren des Europäischen Ausschusses der Regionen - CALRE erforderlich ist.
2. Der Ausschuss hat beschlossen, das Konsultationsverfahren Teil III - Verwirklichung des europäischen Grünen Deals (ökologische Aspekte) zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz zu überweisen (§ 83d Abs. 1 BayLTGeschO).

Begründung:

Der Bayerische Landtag hat neben weiteren Regionalparlamenten in Europa im Jahr 2020 die [Zusage für eine Beteiligung am gemeinsamen Pilotprojekt](#) des Europäischen Ausschusses der Regionen ([AdR](#)) und der Konferenz der Europäischen Regionalen Gesetzgebenden Parlamente ([CALRE](#)) „Input aus politischen Debatten in Regionalparlamenten“ erhalten. Das Projekt zielt darauf ab, in der prälegislativen Phase Einfluss auf das Jahresarbeitsprogramm der Europäischen Kommission zu nehmen und Regionalparlamente mit ihren Anliegen möglichst früh in die Gestaltung des jährlichen Arbeitsprogramms der Kommission einzubeziehen.

Der AdR befragt mit aktuell eröffneter Konsultation die CALRE-Mitglieder zur Vorbereitung des Arbeitsprogramms der Europäischen Kommission für 2022 mit Einreichungsfrist zum 1. Juni 2021. Regionalparlamente – so auch der [Bayerische Landtag als Mitglied der CALRE](#) – sind aufgerufen, zum Kommissionsarbeitsprogramm 2022 Debatten mit politischen Mandatsträgern in ihren Parlamenten zu europapolitischen Themen zu führen. Die vollständigen Unterlagen der CALRE-Konsultation sind in den Ausschussmaterialien abgelegt.

Die Fachausschüsse werden gebeten, baldmöglichst eine Stellungnahme zu den ihrem Zuständigkeitsbereich zugewiesenen Themenbereich(en) der Konsultation sowie ggf. weiteren Themen oder Aspekten aus ihrem Zuständigkeitsbereich mit Einfluss auf Relevanz für das Arbeitsprogramm 2022 der EU-Kommission zu erarbeiten.

Die Zusammenführung der Ergebnisse der federführenden Beratungen in den Fachausschüssen erfolgt im Rahmen der Endberatung des Europaausschusses und fließt als Beitrag des Bayerischen Landtags in das AdR - CALRE Pilotprojekt „Input aus politischen Debatten in Regionalparlamenten“ ein. Der Beitrag wird außerdem unmittelbar an die Europäische Kommission weitergeleitet.

Informationen zur Konsultation:

Zur Konsultation wurden sechs Rahmenpapiere zu den Themen vorgelegt, die der AdR als besonders relevant für die regionale und lokale Ebene einstuft und den regionalen Parlamenten zur Prüfung und Vorbereitung von Beiträgen zum Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission für 2022 vorschlägt:

1. Migration und Asyl
2. Verwirklichung des europäischen Grünen Deals
3. Hin zu einer europäischen Gesundheitsunion
4. Digitalisierung im Rahmen des Wiederaufbaus nach der COVID-19-Krise
5. Beschäftigung und Sozialpolitik
6. Verkehrspolitik

Zu jedem dieser Themen werden eine allgemeine Einführung sowie ergänzende Informationen zu besonderen Unterthemen sowie konkrete Fragen gegeben, mit denen sich die CALRE-Mitglieder befassen können.

Darüber hinaus begrüßen die Organisationen CALRE und AdR auch Beiträge zu anderen Themen für das Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission für 2022, die nicht in einem der beigefügten Rahmenpapiere behandelt werden. Den Rahmen für die Ausgestaltung der Arbeitsprogramme der Kommission 2020 bis 2024 bilden die [Politischen Leitlinien der Kommissionspräsidentin von der Leyen 2020-2024](#).



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

**Europaangelegenheit des Ausschusses für Bundes- und
Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen**
Drs. 18/15233

Konsultationsverfahren der Europäischen Union;

Europäischer Ausschuss der Regionen - CALRE
Konsultation der CALRE-Mitglieder zur Vorbereitung des Arbeitsprogramms der
Europäischen Kommission 2022
Teil III - Verwirklichung des europäischen Grünen Deals (ökologische Aspekte)

I. **Beschlussempfehlung:**

Der Bayerische Landtag gibt im Konsultationsverfahren folgende Stellungnahme ab:

Der Bayerische Landtag schließt sich bei der Konsultation der CALRE-Mitglieder zur Vorbereitung des Arbeitsprogramms der Europäischen Kommission 2022, Teil III – Verwirklichung des europäischen Grünen Deals (ökologische Aspekte), der Stellungnahme der Bayerischen Staatsregierung an.

Die Stellungnahme der Staatsregierung hat folgenden Inhalt:

Frage 1: Gibt es bereits Modelle lokaler und regionaler Grüner Deals, die anderen lokalen und regionalen Gebietskörperschaften der EU als Beispiel dienen könnten, oder werden derartige Modelle zur Zeit entwickelt?

Modelle auf regionaler (= bayerischer) Ebene:

Auf Ebene der Region Freistaat Bayern setzt die Bayerische Staatsregierung zur Reduzierung von Treibhausgasen bereits seit vielen Jahren auf eine ausgewogene Mischung aus Ordnungsrecht, Förderprogrammen und Vereinbarungen mit betroffenen Branchen.

Mit einem Dreiklang aus einem Maßnahmenpaket zum Klimaschutz, einem eigenen Bayerischen Klimaschutzgesetz und erheblichen Investitionen hat der Freistaat Bayern im Jahr 2020 seinen Willen zu nachhaltigem Klimaschutz erneut bekräftigt und an die aktuellen Entwicklungen angepasst. Das Maßnahmenpaket enthält 96 konkrete Maßnahmen und basiert auf den drei Säulen der bayerischen Klimapolitik: Minderung des Treibhausgas-Ausstoßes in Bayern, Anpassung an die Folgen des Klimawandels und verstärkte Forschung zu Umwelt- und Klimaschutz. Dabei werden alle Bereiche mit einbezogen – von Wäldern, Mooren und Wasser über Innovationen, Energie und Mobilität bis hin zur Vorbildfunktion des Staates sowie der Förderung des kommunalen Klimaschutzes.

Das Bayerische Klimaschutzgesetz geht jedoch noch weiter: Staatliche Erziehungs- und Bildungsträger sollen das Thema in geeigneten Lehr- und Unterrichtsfächern behandeln, um die Alltagskompetenz der jungen Generation in Sachen Klimaschutz zu stärken. Für die Kommunen enthält das Bayerische Klimaschutzgesetz eine Reihe von Empfehlungen, jedoch keine neuen Verpflichtungen. Dem gesamtgesellschaftlichen und fachübergreifenden Ansatz des Klimaschutzes in

Bayern folgend wurde dessen Berücksichtigung in weitere einschlägige Fachgesetze aufgenommen, wie etwa das Abfallwirtschaftsgesetz. Das Bayerische Klimaschutzgesetz wird derzeit überarbeitet.

Die umfassendste Vereinbarung der bayerischen Staatsregierung mit der Wirtschaft ist der im Jahr 1995 erstmals mit den Spitzenverbänden der bayerischen Wirtschaft geschlossene „Umweltpakt Bayern“. Mit dem neuen Umwelt- und Klimapakt (UKP) Bayern vom Oktober 2020 zeigen Bayerische Staatsregierung und bayerische Wirtschaft, dass eine moderne Umwelt- und Klimapolitik die richtige Balance zwischen Ökonomie und Ökologie finden muss: Ziel des UKP ist, Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen sowie Umwelt- und Klimaschutz gleichermaßen voranzubringen. Die erneut hohe Teilnehmerzahl belegt den Erfolg und Akzeptanz des UKP: Rund 1.050 Unternehmen und Betriebe haben sich seit Oktober 2020 am UKP mit eigenständigen Umweltleistungen beteiligt, Tendenz weiter steigend.

Modelle auf kommunaler Ebene:

Um Klimaschutzmaßnahmen und damit auch „Grüne Deals“ auf kommunaler Ebene anteilig finanziert zu bekommen, können bayerische Kommunen sowohl auf Fördergelder des Freistaats und des Bundes zurückgreifen.

In Bayern verfügen zahlreiche Kommunen über ein Klimaschutzprogramm. Beispielfhaft genannt sei das Integrierte Handlungsprogramm Klimaschutz in München (IHKM), welches die zahlreichen Aktivitäten der Stadtverwaltung im Bereich des Klimaschutzes bündelt. Die derzeit geltende Fortschreibung für die Jahre 2019 bis 2021 beinhaltet Maßnahmen, die die Emissionen in den verschiedenen Sektoren (Energiewirtschaft, Verkehr, Industrie, Gewerbe, Handel und Dienstleistungen (GHD) und private Haushalte) reduzieren, z. B. durch Erhöhung der Energieeffizienz der Straßenbeleuchtung und bei stadteigenen Gebäuden, Förderung der Umsetzung von energetischen Maßnahmen bei privaten Wohngebäuden, Fahrradförderung und Bewusstseinsbildung für Kinder und Jugendliche.

Ähnlich dem Grünen Deal decken Klimaschutzprogramme mancher Kommunen, wie beispielsweise das genannte IHKM der Stadt München, bereits zahlreiche Sektoren, in denen Treibhausgase entstehen, ab.

Daneben gibt es im zentralen Bereich Energie eine Vielzahl an Projekten und Initiativen in Bayern, die zeigen, wie sich lokale und regionale Grüne Deals umsetzen lassen:

• **Projekte zum Ausbau der erneuerbaren Energien:**

- o Die **Gemeinde Fuchstal** erzeugt mit ihren kommunalen Anlagen für Photovoltaik, Windenergie und Biogas Energie und bietet regionalen Ökostrom an. Für die Errichtung von vier Windanlagen führte Fuchstal einen Bürgerentscheid durch. Um überschüssigen Strom speichern zu können, wurde eine Speicheranlage mit einem Batteriespeicher, einem Wärmespeicher und einer Power-to-Heat-Anlage errichtet.
- o Die **Gemeinde Wildpoldsried** erzeugt aus erneuerbaren Quellen rund das Siebenfache des Energieverbrauchs vor Ort. Besonders beeindruckt die Bandbreite der Erneuerbaren: Biogasanlagen, Hackschnitzel- und Pelletheizungen, eine Nahwärmeheizung, Solarkollektor- und Photovoltaik-Anlagen, Wasserkraft-Anlagen, Wärmepumpen, neun Bürger-Windkraftanlagen und zahlreiche Energieeffizienz-, Energiespar- und Energiebildungs-Kampagnen haben das Energiedorf weit über Bayern hinaus bekannt gemacht.
- o Die **Kreisstadt Wunsiedel** setzt auf nachhaltige Energiegewinnung aus der Region und betreibt u. a. Biomasse-Blockheizkraftwerke mit Nahwärmenetzen sowie Photovoltaik- und Windkraft-Anlagen. Schritt für Schritt soll in der Region das Leuchtturmprojekt „Smart Energy City WUNSiedel“ realisiert werden. Durch das Energiekonzept „WUNSiedler Weg“ soll bis 2030 mit starker Bürgerbeteiligung aus dem Versorgungsgebiet der Stadtwerke Wunsiedel

ein möglichst energieautarkes System gemacht werden, das voll auf erneuerbare Energien baut.

o **Weitere Praxisbeispiele:** Im Energie-Atlas Bayern finden sich viele weitere Beispiele lokaler und regionaler Projekte (www.energieatlas.bayern.de).

- **Forschungsprojekte zu regionalen Energiemärkten:**

o Im Forschungsprojekt „**pebbles**“ (Peer-to-Peer Energiehandel auf Basis von Blockchains) wurde im Allgäu eine digitale Plattform für den Peer-to-Peer-Handel und den Austausch von Netzdiensten konzipiert, entwickelt und im Feld getestet.

o Das Projekt „**Grid Edge**“ der Siemens AG steht für neue Energiesysteme, in denen Konsumenten, Prosumen und das intelligente Stromnetz miteinander kommunizieren. „Grid Edge“-Lösungen ermöglichen es den Marktteilnehmern, erneuerbare Energien auf intelligente Weise einzusetzen und so die Kontrolle über ihre eigene Energieversorgung zu übernehmen.

o Das Forschungsprojekt „**Aldorfer Flexmarkt**“ (ALF) war ein Demonstrationsvorhaben von C/sells, dem süddeutschen Projekt von SINTEG („Schaufenster intelligente Energie – Digitale Agenda für die Energiewende“). ALF stellte ein Konzept zur Nutzung der im Verteilnetz lokal vorhandenen Flexibilität dar. Verteilnetzbetreiber erhalten ein Werkzeug, um in ihrer Betriebsplanung flexibel auf Netzengpässe reagieren zu können und somit seltener auf Notfallmaßnahmen zugreifen zu müssen.

o Beim Forschungsvorhaben „**Flex2Market**“ wurden durch präventives Lastmanagement eventuelle Netzengpässe und damit ggf. ein kostenintensiver, konventioneller Netzausbau vermieden.

- **Auszeichnung „Gestalter der Energiewende“:** Um die Energiewende voranzubringen und Gleichgesinnte zum Nachahmen zu motivieren, verleiht das Bayerische Wirtschaftsministerium die Auszeichnung „Gestalter der Energiewende“ an Bürger, Kommunen, Unternehmen, Verbände und Forschungseinrichtungen. Innovative Projekte um die **dezentrale Energiewende mit Leuchtturm-Charakter**, mit ganzheitlichem Ansatz und mit Wertschöpfung vor Ort werden als „Gestalter im Team Energiewende Bayern“ ausgezeichnet.

- **Energiemanagement und Planung:**

o Das **Kommunale Energiemanagement (KEM)** ist ein wichtiges Instrument für die energetische Optimierung der kommunalen Liegenschaften. Die Kommunen können in ihrer Rolle als Verbraucher bereits mit einfachen und geringinvestiven Maßnahmen Erfolge erzielen und damit eine Vorbildfunktion übernehmen. Das Förderprogramm **Energiecoaching Plus** unterstützt Kommunen mit individueller Beratung durch einen Energiecoach bei der Umsetzung der Energiewende. Die Mehrzahl der Kommunen verweist darauf, dass sich die Kosten für die Implementierung und den Betrieb des KEM bereits nach 2 bis 3 Jahren amortisiert haben.

o Ein **Energienutzungsplan (ENP)** ist ein strategisches Planungsinstrument, das einen Überblick gibt über die momentane sowie zukünftige Energiebedarfs- und Energieversorgungssituation in der Gemeinde und damit ein übergreifendes Gesamtkonzept für die energetische Entwicklung einer Gemeinde schafft. Seit Mai 2019 steht den Kommunen ENPonline, ein Online-Leitfaden zur Ausschreibung und Erstellung von Energienutzungsplänen, zur Verfügung.

Frage 2: Wie können bestehende Initiativen (d. h. Konvent der Bürgermeister, Plattform für einen gerechten Übergang, Vereinbarung für Grüne Städte, Living Labs für digitale Energielösungen und zur künftigen Mobilität) die Entwicklung lokaler oder regionaler Grüner Deals unterstützen?

Europas Regionen und Kommunen sind wichtige Partner bei der Umsetzung der europäischen Klima- und Energiepolitik und bei der Suche nach konkreten, praktischen Lösungen. Die genannten EU-Initiativen können durchaus eine Rolle spielen, um der Vision für den europäischen Grünen Deal vor Ort konkrete Gestalt zu

geben. Zweckmäßig erscheint ein Erfahrungsaustausch über Herangehensweisen und Ergebnisse bei der Entwicklung lokaler oder regionaler Grüner Deals bzw. sektorübergreifender Klimaschutzprogramme innerhalb dieser Initiativen.

Die genannten Initiativen könnten aus hiesiger Sicht auch Impulse geben, um eigenständige „Grüner Deal Finanzierungsinstrumente“ der EU für die Regionen und Kommunen zu entwickeln und eine breitere politische Akzeptanz für solche Finanzierungsinstrumente zu erreichen.

Gerade in den wichtigen Bereichen Energieforschung und Wasserstoff können bestehende EU- und Bundesinitiativen mit regionalem Bezug die Entwicklung lokaler und regionaler Grüner Deals unterstützen:

- **Energieforschungsförderung:** Die öffentliche Hand kann durch Förderung der Grundlagen- sowie insbesondere der anwendungsnahen Forschung im Bereich Energie einen wesentlichen Beitrag zum Erreichen der energie- und klimapolitischen Ziele durch die gezielte Förderung von regionalen Forschungsvorhaben und damit zum Klimaschutz leisten. Hierbei sind aufgrund der gegenüber den Ländern wesentlich höheren Haushaltsmittel vor allem Projektförderungen der EU (z. B. Horizon Europe) und des Bundes (z. B. 7. Energieforschungsprogramm) gefordert.
- **Forschungsnetzwerke Energie:** Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) fördert neun deutschlandweite Forschungsnetzwerke Energie, die sich als Foren für den Austausch zwischen Forschung, Politik und Wirtschaft etabliert haben. Sie unterstützen den Transfer von Ergebnissen aus der Energieforschung in die Praxis, bieten die Möglichkeit zur Partizipation an energiepolitischen Fragestellungen und erhöhen die Transparenz in der Förderpolitik. Die Arbeit in den Netzwerken erfolgt flexibel in Arbeitsgruppen und Forschungsfeldern. So entstehen wichtige Beziehungen zwischen den Akteuren, die in gemeinsame Forschungsvorhaben münden und Forschungsergebnisse schneller in die (regionale) Praxis bringen.
- **Reallabore der Energiewende** testen innovative Technologien für die Energiewende im industriellen Maßstab unter realen Bedingungen. Wissenschaft, Industrie und die Menschen vor Ort beteiligen sich daran. Das Konzept des BMWi fußt dabei auf zwei Säulen: Zum einen können Technologien und Geschäftsmodelle, die mit dem bestehenden Rechts- und Regulierungsrahmen nur bedingt vereinbar sind, u. a. mit Hilfe von Experimentierklauseln (befristete Ausnahmen von Vorschriften) erprobt werden. Zum anderen unterstützt das BMWi mit der Energieforschungsförderung die Überführung von Innovationen in die Anwendung. Insgesamt haben sich 20 Konsortien mit Partnern aus Industrie und Forschung im Rahmen der ersten Ausschreibungsrunde im Jahr 2019 qualifiziert. Der Bund plant in diesem Jahr weitere Förderungen mit der Veröffentlichung einer neuen Richtlinie im Rahmen des 7. Energieforschungsprogramms.
- **HyLand-Initiative:** Das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) hat in diesem Jahr die zweite Runde des Wettbewerbs „HyLand – Wasserstoffregionen in Deutschland“ gestartet. Hierdurch werden Regionen unterstützt, die den eine regionale Wasserstoffwirtschaft umsetzen wollen. In der ersten Runde konnte Bayern bereits Erfolge in allen HyLand-Programmteilen erzielen.

Die Initiative ist ein grundlegendes und passgenaues Förderinstrument, um Regionen je nach Entwicklungs- und Erfahrungsstand eine adaptierte Unterstützung mit Knowhow und Fördermitteln zur Verfügung zu stellen, so dass sich lokale und regionale Wasserstoffkonzepte und -strukturen initiieren, stärken und ausbauen lassen.

- **Bayerische Windenergieoffensive AUFWIND – Windkümmerer:** Im Herbst 2019 hat das Bayerische Wirtschaftsministerium die Windenergieoffensive **AUFWIND** ausgerufen, mit der in einem umfassenden Ansatz Ausbauelemente systematisch abgebaut und durch verbesserte Rahmenbedingungen der

Ausbau der Windenergie angeschoben werden. Insbesondere sind die **Windkümmerer** hervorzuheben, die aktuell in 39 Kommunen 29 Projekte betreuen und insbesondere zur Steigerung von Akzeptanz beitragen.

- **Mitmachmuseum NAWAREUM:** Derzeit entsteht in Straubing ein Mitmachmuseum, das sich den Zukunftsthemen nachwachsende Rohstoffe und erneuerbare Energien widmen wird. Im NAWAREUM können die Besucherinnen und Besucher Lösungen für die Welt von morgen kennenlernen, ohne dass dabei Spiel, Spaß und Freude am Entdecken zu kurz kommen. Ein wichtiger Bestandteil des Museumskonzepts ist ein intensiver Dialog mit dem Team des NAWAREUM, anderen Besuchern und Wissenschaftlern des in Straubing ansässigen Kompetenzzentrums für Nachwachsende Rohstoffe. Die Motivation zur Umsetzung des Grünen Deals wird im NAWAREUM greifbar und erlebbar.

Konvent der Bürgermeister: Die Unterzeichner des Konvents verpflichten sich, einen integrierten Ansatz für Klimaschutz und Klimaanpassung anzuwenden. Sie müssen innerhalb der ersten zwei Jahre nach Beitritt einen Aktionsplan entwickeln, in dem die Ziele zur Reduzierung der CO₂-Emissionen um mindestens 40 Prozent bis 2030 und zur Steigerung der Anpassungsfähigkeit an den Klimawandel beschrieben werden. Zahlreiche bayerische Gemeinden sind als Unterzeichner beigetreten. Beispielhaft wird auf die Initiative der Landeshauptstadt München mit ihrem „Integrierten Handlungsprogramm Klimaschutz in München“ (vgl. oben) verwiesen.

Frage 3: Wie könnte die freiwillige regionale Überprüfung der Ziele für nachhaltige Entwicklung zu einer Rahmenmethode für lokale und regionale Gebietskörperschaften werden, um den Grünen Deal in ihrem Gebiet umzusetzen?

Das Handeln der Bayerischen Staatsregierung und ihrer Einzelressorts orientiert sich seit einigen Jahren an der Bayerischen Nachhaltigkeitsstrategie. Die Fortschreibung 2017 hat auch Impulse aus den Internationalen Nachhaltigkeitszielen (Sustainable Development Goals – SDGs) aufgenommen und verdeutlicht somit die Beiträge der Bayerischen Staatsregierung zur Umsetzung der SDGs in Bayern. In der Strategie verdeutlicht die Staatsregierung den Handlungsbedarf und die Umsetzung des Nachhaltigkeitsprinzips in konkreten staatlichen Maßnahmen und Projekten. Die Strategie formuliert Themenschwerpunkte sowie freiwillige wie auch gesetzlich verankerte Ziele im Hinblick auf die langfristigen Herausforderungen für Bayern und unterstützt die Landespolitik dabei, staatliches Handeln laufend dahingehend zu überprüfen und ggf. nachzusteuern.

In der Bayerischen Nachhaltigkeitsstrategie ist unter anderem die Minderung von Treibhausgasen mit konkreten Zielsetzungen für die Bayerische Staatsregierung hinterlegt. Die Zielvorgaben werden in einem politischen Prozess auch künftig überprüft und ggf. angepasst – zuletzt im Jahr 2020 durch das Bayerische Klimaschutzgesetz.

Sofern weitere Ziele des Grünen Deals durch bereits in Recht gesetzte oder geplante EU-Vorgaben quantifiziert werden, kann deren Übernahme in eine künftige Fortschreibung der Bayerischen Nachhaltigkeitsstrategie bzw. Übertragung auf bayerische Verhältnisse geprüft werden.

Frage 4: Worin bestehen die wichtigsten Aspekte im Hinblick auf Entscheidungsstrukturen und Finanzierung, die eine breite Mobilisierung in dieser Hinsicht ermöglichen würden? Könnte beispielsweise die Plattform für regionale Innovationsstrategien RIS3 eine Grundlage hierfür sein?

Eine breite Mobilisierung insbesondere der Kommunen setzt realistische und terminierte Ziele voraus, ebenso die Zugänglichkeit und Anwendungsfreundlichkeit von Instrumenten zur Zielerreichung. Ambitionierter Klimaschutz bedingt vielfach hohe Anfangsinvestitionen, die von kleineren und finanzschwachen Kommunen häufig nicht geleistet werden können. Auch die bei europäischen Förderungen regelmäßig notwendige Ko-Finanzierung stellt für einen Teil der Kommunen bereits ein relevantes Hindernis dar.

Hinderlich für die Umsetzung von Grüner Deal-Teilinitiativen in den Regionen und Kommunen ist auch das Fehlen einer eigenständigen EU-Finanzierungskomponente für Naturschutz- und Biodiversitätsmaßnahmen mit Klimawirkung. Hauptsächliches Finanzierungsinstrument für Naturschutz- und Biodiversitätsmaßnahmen aus europäischen Fördermitteln ist auch im neuen Mehrjährigen Finanzrahmen 2021 bis 2027 der EU der Europäische Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des Ländlichen Raums (ELER). Eingeschränkte Möglichkeiten zur Finanzierung von Naturschutzmaßnahmen gibt es zudem, wie in den vergangenen Jahren, über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE).

Die forcierten Maßnahmen der Sustainable-Finance-Initiative stellen eine wichtige Grundlage für eine Bereitstellung der notwendigen finanziellen Mittel für eine nachhaltigere Ausrichtung wirtschaftlicher Aktivitäten dar. Die Ansiedelung allgemeiner Vorgaben auf europäischer Ebene gewährleistet dabei einheitliche Rahmenbedingungen in ganz Europa. Dessen ungeachtet spielen gerade in der Finanzierung mittelständischer Unternehmen vor Ort Regionalbanken wie Sparkassen und Genossenschaftsbanken eine herausragende Rolle. Mit der Selbstverpflichtung deutscher Sparkassen für klimafreundliches und nachhaltiges Wirtschaften oder dem im Jahr 2020 entwickelten Nachhaltigkeitsleitbild der genossenschaftlichen Finanzgruppe haben sich auch eine Vielzahl regional agierender Kreditinstitute zu einer nachhaltigeren Ausrichtung ihrer Geschäftstätigkeit explizit bekannt. Dies kann beispielsweise eine stärkere Ausrichtung der Finanzierungen und Eigenanlagen auf Klimaziele umfassen, aber auch die Unterstützung ihrer Kunden bei der Transformation. Auf diese Weise können Regionalbanken einen wichtigen Beitrag zur Mobilisierung finanzieller Mittel für die Transformation hin zu mehr Nachhaltigkeit in ihrem jeweiligen Geschäftsgebiet leisten.

Die in der Fragestellung angesprochene RIS3-Plattform wurde von der EU-Kommission aufgebaut und soll die EU-Mitgliedstaaten und Regionen bei der Ausgestaltung ihrer Innovationsstrategien der intelligenten Spezialisierung unterstützen. Auch die Bayerische Innovationsstrategie ist auf dieser Plattform verlinkt. „Intelligente Spezialisierung“ steht dabei für die Ermittlung der Alleinstellungsmerkmale und einzigartigen Vermögenswerte eines Landes oder einer Region, das Herausstellen der Wettbewerbsvorteile der einzelnen Regionen und die Mobilisierung von regionalen Akteuren und Ressourcen für eine exzellenzorientierte Vision für die Zukunft. Sie steht ebenfalls für die Stärkung der regionalen Innovationssysteme, die Maximierung des Wissenschaftsaustauschs und die Streuung der Vorteile von Innovation auf die gesamte regionale Wirtschaft. Auch bei der regionalen und lokalen Umsetzung des Grünen Deals ist ein Einsatz der RIS3-Plattform denkbar.

Berichterstatter: **Dr. Martin Huber**
Mitberichterstatter: **Florian von Brunn**

II. Bericht:

1. Die EU-Konsultation (§ 83d BayLTGeschO) wurde dem Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat das Konsultationsverfahren endberaten.
2. Der Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz hat das Konsultationsverfahren in seiner 43. Sitzung am 06.05.2021 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
 - CSU: Zustimmung
 - B90/GRÜ: Zustimmung
 - FREIE WÄHLER: Zustimmung
 - AfD: Enthaltung
 - SPD: Zustimmung
 - FDP: Zustimmungbeschlossen, die Federführung zu übernehmen (§83d Abs. 2 BayLTGeschO)

3. Der Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz hat das Konsultationsverfahren in seiner 44. Sitzung am 10. Juni 2021 federführend beraten und mit folgendem Stimmresultat:
 - CSU: Zustimmung
 - B90/GRÜ: Enthaltung
 - FREIE WÄHLER: Zustimmung
 - AfD: Zustimmung
 - SPD: Enthaltung
 - FDP: Zustimmungin der in I. genannten Weise entschieden.
4. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat das Konsultationsverfahren in seiner 41. Sitzung am 22. Juni 2021 endberaten und mit folgendem Stimmresultat:
 - CSU: Zustimmung
 - B90/GRÜ: Enthaltung
 - FREIE WÄHLER: Zustimmung
 - AfD: Ablehnung
 - SPD: Enthaltung
 - FDP: Zustimmungempfohlen, der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zuzustimmen mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:
 1. Die Absätze 2 und 3 werden ersatzlos gestrichen.
 2. Unter Frage 1 werden im Absatz 4 die Wörter „bayerischen Staatsregierung“ und „Bayerische Staatsregierung“ jeweils durch die Wörter „Freistaat Bayern“ ersetzt.
 3. Unter Frage 2 werden im fünften Spiegelstrich die Wörter „das Bayerische Wirtschaftsministerium“ durch die Wörter „der Freistaat Bayern“ ersetzt.
 4. Unter Frage 3 werden im Absatz 1 die Wörter „der Bayerischen Staatsregierung und ihrer Einzelressorts“ (Zeile 1), „der bayerischen Staatsregierung“ (Zeilen 4 und 5) und „die Staatsregierung“ (Zeile 6) jeweils durch die Wörter „des Freistaats“ bzw. „der Freistaat“ bzw. „den Freistaat“ ersetzt.
 5. Unter Frage 3 werden im Absatz 2 die Wörter „die Bayerische Staatsregierung“ durch die Wörter „der Freistaat Bayern“ ersetzt.
 6. Unter Frage 4 wird im Absatz 3 folgender neuer Satz 4 eingefügt: „Der Landtag setzt sich daher in Bezug auf die Entwicklungen zur Sustainable Finance Agenda weiterhin dafür ein, dass diese mittelstandsfreundlich und technologieoffen ausgestaltet wird, und verweist dazu auf seinen Beschluss vom 11. Dezember 2019 auf Drs. 18/5424.“.
 7. Es wird folgender neuer letzter Absatz angefügt wird: „Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird als Konsultationsbeitrag an den AdR und CALRE übermittelt. Der Beschluss wird auch an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.“.

Rosi Steinberger
Vorsitzende



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

**Konsultationsverfahren der Europäischen Union;
Europäischer Ausschuss der Regionen – CALRE
Konsultation der CALRE-Mitglieder zur Vorbereitung des Arbeitsprogramms der
Europäischen Kommission 2022
Teil III – Verwirklichung des europäischen Grünen Deals (ökologische Aspekte)**

Drs. 18/15233, 18/16644

Der Bayerische Landtag gibt im Konsultationsverfahren folgende Stellungnahme ab:

Frage 1: Gibt es bereits Modelle lokaler und regionaler Grüner Deals, die anderen lokalen und regionalen Gebietskörperschaften der EU als Beispiel dienen könnten, oder werden derartige Modelle zur Zeit entwickelt?

Modelle auf regionaler (= bayerischer) Ebene:

Auf Ebene der Region Freistaat Bayern setzt die Bayerische Staatsregierung zur Reduzierung von Treibhausgasen bereits seit vielen Jahren auf eine ausgewogene Mischung aus Ordnungsrecht, Förderprogrammen und Vereinbarungen mit betroffenen Branchen.

Mit einem Dreiklang aus einem Maßnahmenpaket zum Klimaschutz, einem eigenen Bayerischen Klimaschutzgesetz und erheblichen Investitionen hat der Freistaat Bayern im Jahr 2020 seinen Willen zu nachhaltigem Klimaschutz erneut bekräftigt und an die aktuellen Entwicklungen angepasst. Das Maßnahmenpaket enthält 96 konkrete Maßnahmen und basiert auf den drei Säulen der bayerischen Klimapolitik: Minderung des Treibhausgas-Ausstoßes in Bayern, Anpassung an die Folgen des Klimawandels und verstärkte Forschung zu Umwelt- und Klimaschutz. Dabei werden alle Bereiche mit einbezogen – von Wäldern, Mooren und Wasser über Innovationen, Energie und Mobilität bis hin zur Vorbildfunktion des Staates sowie der Förderung des kommunalen Klimaschutzes.

Das Bayerische Klimaschutzgesetz geht jedoch noch weiter: Staatliche Erziehungs- und Bildungsträger sollen das Thema in geeigneten Lehr- und Unterrichtsfächern behandeln, um die Alltagskompetenz der jungen Generation in Sachen Klimaschutz zu stärken. Für die Kommunen enthält das Bayerische Klimaschutzgesetz eine Reihe von Empfehlungen, jedoch keine neuen Verpflichtungen. Dem gesamtgesellschaftlichen und fachübergreifenden Ansatz des Klimaschutzes in Bayern folgend wurde dessen Berücksichtigung in weitere einschlägige Fachgesetze aufgenommen, wie etwa das Abfallwirtschaftsgesetz. Das Bayerische Klimaschutzgesetz wird derzeit überarbeitet.

Die umfassendste Vereinbarung des Freistaates Bayern mit der Wirtschaft ist der im Jahr 1995 erstmals mit den Spitzenverbänden der bayerischen Wirtschaft geschlossene „Umweltpakt Bayern“. Mit dem neuen Umwelt- und Klimapakt (UKP) Bayern vom Oktober 2020 zeigen der Freistaat Bayern und die bayerische Wirtschaft, dass eine moderne Umwelt- und Klimapolitik die richtige Balance zwischen Ökonomie und Öko-

logie finden muss: Ziel des UKP ist, Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen sowie Umwelt- und Klimaschutz gleichermaßen voranzubringen. Die erneut hohe Teilnehmerzahl belegt den Erfolg und Akzeptanz des UKP: Rund 1 050 Unternehmen und Betriebe haben sich seit Oktober 2020 am UKP mit eigenständigen Umweltleistungen beteiligt, Tendenz weiter steigend.

Modelle auf kommunaler Ebene:

Um Klimaschutzmaßnahmen und damit auch „Grüne Deals“ auf kommunaler Ebene anteilig finanziert zu bekommen, können bayerische Kommunen sowohl auf Fördergelder des Freistaats und des Bundes zurückgreifen.

In Bayern verfügen zahlreiche Kommunen über ein Klimaschutzprogramm. Beispielhaft genannt sei das Integrierte Handlungsprogramm Klimaschutz in München (IHKM), welches die zahlreichen Aktivitäten der Stadtverwaltung im Bereich des Klimaschutzes bündelt. Die derzeit geltende Fortschreibung für die Jahre 2019 bis 2021 beinhaltet Maßnahmen, die die Emissionen in den verschiedenen Sektoren (Energiewirtschaft, Verkehr, Industrie, Gewerbe, Handel und Dienstleistungen (GHD) und private Haushalte) reduzieren, z. B. durch Erhöhung der Energieeffizienz der Straßenbeleuchtung und bei stadteigenen Gebäuden, Förderung der Umsetzung von energetischen Maßnahmen bei privaten Wohngebäuden, Fahrradförderung und Bewusstseinsbildung für Kinder und Jugendliche.

Ähnlich dem Grünen Deal decken Klimaschutzprogramme mancher Kommunen, wie beispielsweise das genannte IHKM der Stadt München, bereits zahlreiche Sektoren, in denen Treibhausgase entstehen, ab.

Daneben gibt es im zentralen Bereich Energie eine Vielzahl an Projekten und Initiativen in Bayern, die zeigen, wie sich lokale und regionale Grüne Deals umsetzen lassen:

– **Projekte zum Ausbau der erneuerbaren Energien:**

- Die **Gemeinde Fuchstal** erzeugt mit ihren kommunalen Anlagen für Photovoltaik, Windenergie und Biogas Energie und bietet regionalen Ökostrom an. Für die Errichtung von vier Windanlagen führte Fuchstal einen Bürgerentscheid durch. Um überschüssigen Strom speichern zu können, wurde eine Speicheranlage mit einem Batteriespeicher, einem Wärmespeicher und einer Power-to-Heat-Anlage errichtet.
- Die **Gemeinde Wildpoldsried** erzeugt aus erneuerbaren Quellen rund das Siebenfache des Energieverbrauchs vor Ort. Besonders beeindruckt die Bandbreite der Erneuerbaren: Biogasanlagen, Hackschnitzel- und Pelletheizungen, eine Nahwärmeheizung, Solarkollektor- und Photovoltaikanlagen, Wasserkraftanlagen, Wärmepumpen, neun Bürger-Windkraftanlagen und zahlreiche Energieeffizienz-,
- Energiespar- und Energiebildungskampagnen haben das Energiedorf weit über Bayern hinaus bekannt gemacht.
- Die **Kreisstadt Wunsiedel** setzt auf nachhaltige Energiegewinnung aus der Region und betreibt u. a. Biomasse-Blockheizkraftwerke mit Nahwärmenetzen sowie Photovoltaik- und Windkraftanlagen. Schritt für Schritt soll in der Region das Leuchtturmprojekt „Smart Energy City WUNSiedel“ realisiert werden. Durch das Energiekonzept „WUNSiedler Weg“ soll bis 2030 mit starker Bürgerbeteiligung aus dem Versorgungsgebiet der Stadtwerke Wunsiedel ein möglichst energieautarkes System gemacht werden, das voll auf erneuerbare Energien baut.
- **Weitere Praxisbeispiele:** Im Energie-Atlas Bayern finden sich viele weitere Beispiele lokaler und regionaler Projekte (www.energieatlas.bayern.de).

- **Forschungsprojekte zu regionalen Energiemärkten:**
 - Im Forschungsprojekt „**pebbles**“ (Peer-to-Peer Energiehandel auf Basis von Blockchains) wurde im Allgäu eine digitale Plattform für den Peer-to-Peer-Handel und den Austausch von Netzdiensten konzipiert, entwickelt und im Feld getestet.
 - Das Projekt „**Grid Edge**“ der Siemens AG steht für neue Energiesysteme, in denen Konsumenten, Prosumenten und das intelligente Stromnetz miteinander kommunizieren. „Grid Edge“-Lösungen ermöglichen es den Marktteilnehmern, erneuerbare Energien auf intelligente Weise einzusetzen und so die Kontrolle über ihre eigene Energieversorgung zu übernehmen.
 - Das Forschungsprojekt „**Aldorfer Flexmarkt**“ (ALF) war ein Demonstrationsvorhaben von C/sells, dem süddeutschen Projekt von SINTEG („Schaufenster intelligente Energie – Digitale Agenda für die Energiewende“). ALF stellte ein Konzept zur Nutzung der im Verteilnetz lokal vorhandenen Flexibilitäten dar. Verteilnetzbetreiber erhalten ein Werkzeug, um in ihrer Betriebsplanung flexibel auf Netzengpässe reagieren zu können und somit seltener auf Notfallmaßnahmen zugreifen zu müssen.
 - Beim Forschungsvorhaben „**Flex2Market**“ wurden durch präventives Lastmanagement eventuelle Netzengpässe und damit ggf. ein kostenintensiver, konventioneller Netzausbau vermieden.
- **Auszeichnung „Gestalter der Energiewende“: Um die Energiewende voranzubringen und Gleichgesinnte zum Nachahmen zu motivieren, verleiht das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie m die Auszeichnung „Gestalter der Energiewende“ an Bürger, Kommunen, Unternehmen, Verbände und Forschungseinrichtungen. Innovative Projekte um die dezentrale Energiewende mit Leuchtturm-Charakter, mit ganzheitlichem Ansatz und mit Wertschöpfung vor Ort werden als „Gestalter im Team Energiewende Bayern“ ausgezeichnet.**
- **Energiemanagement und Planung:**
 - Das **Kommunale Energiemanagement (KEM)** ist ein wichtiges Instrument für die energetische Optimierung der kommunalen Liegenschaften. Die Kommunen können in ihrer Rolle als Verbraucher bereits mit einfachen und geringinvestiven Maßnahmen Erfolge erzielen und damit eine Vorbildfunktion übernehmen. Das Förderprogramm **Energiecoaching_Plus** unterstützt Kommunen mit individueller Beratung durch einen Energiecoach bei der Umsetzung der Energiewende. Die Mehrzahl der Kommunen verweist darauf, dass sich die Kosten für die Implementierung und den Betrieb des KEM bereits nach 2 bis 3 Jahren amortisiert haben.
 - Ein **Energienutzungsplan (ENP)** ist ein strategisches Planungsinstrument, das einen Überblick gibt über die momentane sowie zukünftige Energiebedarfs- und Energieversorgungssituation in der Gemeinde und damit ein übergreifendes Gesamtkonzept für die energetische Entwicklung einer Gemeinde schafft. Seit Mai 2019 steht den Kommunen ENPonline, ein Online-Leitfaden zur Ausschreibung und Erstellung von Energienutzungsplänen, zur Verfügung.

Frage 2: Wie können bestehende Initiativen (d. h. Konvent der Bürgermeister, Plattform für einen gerechten Übergang, Vereinbarung für Grüne Städte, Living Labs für digitale Energielösungen und zur künftigen Mobilität) die Entwicklung lokaler oder regionaler Grüner Deals unterstützen?

Europas Regionen und Kommunen sind wichtige Partner bei der Umsetzung der europäischen Klima- und Energiepolitik und bei der Suche nach konkreten, praktischen Lösungen. Die genannten EU-Initiativen können durchaus eine Rolle spielen, um der Vision für den europäischen Grünen Deal vor Ort konkrete Gestalt zu geben. Zweckmäßig erscheint ein Erfahrungsaustausch über Herangehensweisen und Ergebnisse bei der Entwicklung lokaler oder regionaler Grüner Deals bzw. sektorübergreifender Klimaschutzprogramme innerhalb dieser Initiativen.

Die genannten Initiativen könnten aus hiesiger Sicht auch Impulse geben, um eigenständige „Grüner Deal Finanzierungsinstrumente“ der EU für die Regionen und Kommunen zu entwickeln und eine breitere politische Akzeptanz für solche Finanzierungsinstrumente zu erreichen.

Gerade in den wichtigen Bereichen Energieforschung und Wasserstoff können bestehende EU- und Bundesinitiativen mit regionalem Bezug die Entwicklung lokaler und regionaler Grüner Deals unterstützen:

- **Energieforschungsförderung:** Die öffentliche Hand kann durch Förderung der Grundlagen- sowie insbesondere der anwendungsnahen Forschung im Bereich Energie einen wesentlichen Beitrag zum Erreichen der energie- und klimapolitischen Ziele durch die gezielte Förderung von regionalen Forschungsvorhaben und damit zum Klimaschutz leisten. Hierbei sind aufgrund der gegenüber den Ländern wesentlich höheren Haushaltsmittel vor allem Projektförderungen der EU (z. B. Horizon Europe) und des Bundes (z. B. 7. Energieforschungsprogramm) gefordert.
- **Forschungsnetzwerke Energie:** Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) fördert neun deutschlandweite Forschungsnetzwerke Energie, die sich als Foren für den Austausch zwischen Forschung, Politik und Wirtschaft etabliert haben. Sie unterstützen den Transfer von Ergebnissen aus der Energieforschung in die Praxis, bieten die Möglichkeit zur Partizipation an energiepolitischen Fragestellungen und erhöhen die Transparenz in der Förderpolitik. Die Arbeit in den Netzwerken erfolgt flexibel in Arbeitsgruppen und Forschungsfeldern. So entstehen wichtige Beziehungen zwischen den Akteuren, die in gemeinsame Forschungsvorhaben münden und Forschungsergebnisse schneller in die (regionale) Praxis bringen.
- **Reallabore der Energiewende** testen innovative Technologien für die Energiewende im industriellen Maßstab unter realen Bedingungen. Wissenschaft, Industrie und die Menschen vor Ort beteiligen sich daran. Das Konzept des BMWi fußt dabei auf zwei Säulen: Zum einen können Technologien und Geschäftsmodelle, die mit dem bestehenden Rechts- und Regulierungsrahmen nur bedingt vereinbar sind, u. a. mit Hilfe von Experimentierklauseln (befristete Ausnahmen von Vorschriften) erprobt werden. Zum anderen unterstützt das BMWi mit der Energieforschungsförderung die Überführung von Innovationen in die Anwendung. Insgesamt haben sich 20 Konsortien mit Partnern aus Industrie und Forschung im Rahmen der ersten Ausschreibungsrunde im Jahr 2019 qualifiziert. Der Bund plant in diesem Jahr weitere Förderungen mit der Veröffentlichung einer neuen Richtlinie im Rahmen des 7. Energieforschungsprogramms.
- **HyLand-Initiative:** Das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) hat in diesem Jahr die zweite Runde des Wettbewerbs „HyLand – Wasserstoffregionen in Deutschland“ gestartet. Hierdurch werden Regionen unterstützt, die eine regionale Wasserstoffwirtschaft umsetzen wollen. In der ersten Runde konnte Bayern bereits Erfolge in allen HyLand-Programmteilen erzielen.
- Die Initiative ist ein grundlegendes und passgenaues Förderinstrument, um Regionen je nach Entwicklungs- und Erfahrungsstand eine adaptierte Unterstützung mit Know-how und Fördermitteln zur Verfügung zu stellen, so dass sich lokale und regionale Wasserstoffkonzepte und -strukturen initiieren, stärken und ausbauen lassen.
- **Bayerische Windenergieoffensive AUFWIND – Windkümmerer:** Im Herbst 2019 hat der Freistaat Bayern die Windenergieoffensive **AUFWIND** ausgerufen, mit der in einem umfassenden Ansatz Ausbauhemmnisse systematisch abgebaut und durch verbesserte Rahmenbedingungen der Ausbau der Windenergie angesprochen werden. Insbesondere sind die **Windkümmerer** hervorzuheben, die aktuell in 39 Kommunen 29 Projekte betreuen und insbesondere zur Steigerung von Akzeptanz beitragen.
- **Mitmachmuseum NAWAREUM:** Derzeit entsteht in Straubing ein Mitmachmuseum, das sich den Zukunftsthemen nachwachsende Rohstoffe und erneuerbare Energien widmen wird. Im NAWAREUM können die Besucherinnen und Besucher Lösungen für die Welt von morgen kennenlernen, ohne dass dabei Spiel, Spaß und

Freude am Entdecken zu kurz kommen. Ein wichtiger Bestandteil des Museumskonzepts ist ein intensiver Dialog mit dem Team des NAWAREUM, anderen Besuchern und Wissenschaftlern des in Straubing ansässigen Kompetenzzentrums für Nachwachsende Rohstoffe. Die Motivation zur Umsetzung des Grünen Deals wird im NAWAREUM begreifbar und erlebbar.

Konvent der Bürgermeister: Die Unterzeichner des Konvents verpflichten sich, einen integrierten Ansatz für Klimaschutz und Klimaanpassung anzuwenden. Sie müssen innerhalb der ersten zwei Jahre nach Beitritt einen Aktionsplan entwickeln, in dem die Ziele zur Reduzierung der CO₂-Emissionen um mindestens 40 Prozent bis 2030 und zur Steigerung der Anpassungsfähigkeit an den Klimawandel beschrieben werden. Zahlreiche bayerische Gemeinden sind als Unterzeichner beigetreten. Beispielhaft wird auf die Initiative der Landeshauptstadt München mit ihrem „Integrierten Handlungsprogramm Klimaschutz in München“ (vgl. oben) verwiesen.

Frage 3: Wie könnte die freiwillige regionale Überprüfung der Ziele für nachhaltige Entwicklung zu einer Rahmenmethode für lokale und regionale Gebietskörperschaften werden, um den Grünen Deal in ihrem Gebiet umzusetzen?

Das Handeln des Freistaates und ihrer Einzelressorts orientiert sich seit einigen Jahren an der Bayerischen Nachhaltigkeitsstrategie. Die Fortschreibung 2017 hat auch Impulse aus den Internationalen Nachhaltigkeitszielen (Sustainable Development Goals – SDGs) aufgenommen und verdeutlicht somit die Beiträge des Freistaates zur Umsetzung der SDGs in Bayern. In der Strategie verdeutlicht der Freistaat den Handlungsbedarf und die Umsetzung des Nachhaltigkeitsprinzips in konkreten staatlichen Maßnahmen und Projekten. Die Strategie formuliert Themenschwerpunkte sowie freiwillige wie auch gesetzlich verankerte Ziele im Hinblick auf die langfristigen Herausforderungen für Bayern und unterstützt die Landespolitik dabei, staatliches Handeln laufend dahingehend zu überprüfen und ggf. nachzusteuern.

In der Bayerischen Nachhaltigkeitsstrategie ist unter anderem die Minderung von Treibhausgasen mit konkreten Zielsetzungen für den Freistaat Bayern hinterlegt. Die Zielvorgaben werden in einem politischen Prozess auch künftig überprüft und ggf. angepasst – zuletzt im Jahr 2020 durch das Bayerische Klimaschutzgesetz.

Sofern weitere Ziele des Grünen Deals durch bereits in Recht gesetzte oder geplante EU-Vorgaben quantifiziert werden, kann deren Übernahme in eine künftige Fortschreibung der Bayerischen Nachhaltigkeitsstrategie bzw. Übertragung auf bayerische Verhältnisse geprüft werden.

Frage 4: Worin bestehen die wichtigsten Aspekte im Hinblick auf Entscheidungsstrukturen und Finanzierung, die eine breite Mobilisierung in dieser Hinsicht ermöglichen würden? Könnte beispielsweise die Plattform für regionale Innovationsstrategien RIS3 eine Grundlage hierfür sein?

Eine breite Mobilisierung insbesondere der Kommunen setzt realistische und terminierte Ziele voraus, ebenso die Zugänglichkeit und Anwendungsfreundlichkeit von Instrumenten zur Zielerreichung. Ambitionierter Klimaschutz bedingt vielfach hohe Anfangsinvestitionen, die von kleineren und finanzschwachen Kommunen häufig nicht geleistet werden können. Auch die bei europäischen Förderungen regelmäßig notwendige Kofinanzierung stellt für einen Teil der Kommunen bereits ein relevantes Hindernis dar.

Hinderlich für die Umsetzung von Grüner Deal-Teilinitiativen in den Regionen und Kommunen ist auch das Fehlen einer eigenständigen EU-Finanzierungskomponente für Naturschutz- und Biodiversitätsmaßnahmen mit Klimawirkung. Hauptsächliches Finanzierungsinstrument für Naturschutz- und Biodiversitätsmaßnahmen aus europäischen Fördermitteln ist auch im neuen Mehrjährigen Finanzrahmen 2021 bis 2027 der EU der Europäische Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des Ländlichen Raums (ELER). Eingeschränkte Möglichkeiten zur Finanzierung von Naturschutzmaßnahmen gibt es zudem, wie in den vergangenen Jahren, über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE).

Die forcierten Maßnahmen der Sustainable-Finance-Initiative stellen eine wichtige Grundlage für eine Bereitstellung der notwendigen finanziellen Mittel für eine nachhaltigere Ausrichtung wirtschaftlicher Aktivitäten dar. Die Ansiedelung allgemeiner Vorgaben auf europäischer Ebene gewährleistet dabei einheitliche Rahmenbedingungen in ganz Europa. Dessen ungeachtet spielen gerade in der Finanzierung mittelständischer Unternehmen vor Ort Regionalbanken wie Sparkassen und Genossenschaftsbanken eine herausragende Rolle. Mit der Selbstverpflichtung deutscher Sparkassen für klimafreundliches und nachhaltiges Wirtschaften oder dem im Jahr 2020 entwickelten Nachhaltigkeitsleitbild der genossenschaftlichen Finanzgruppe haben sich auch eine Vielzahl regional agierender Kreditinstitute zu einer nachhaltigeren Ausrichtung ihrer Geschäftstätigkeit explizit bekannt. Dies kann beispielsweise eine stärkere Ausrichtung der Finanzierungen und Eigenanlagen auf Klimaziele umfassen, aber auch die Unterstützung ihrer Kunden bei der Transformation. Auf diese Weise können Regionalbanken einen wichtigen Beitrag zur Mobilisierung finanzieller Mittel für die Transformation hin zu mehr Nachhaltigkeit in ihrem jeweiligen Geschäftsgebiet leisten.

Die in der Fragestellung angesprochene RIS3-Plattform wurde von der EU-Kommission aufgebaut und soll die EU-Mitgliedstaaten und Regionen bei der Ausgestaltung ihrer Innovationsstrategien der intelligenten Spezialisierung unterstützen. Auch die Bayerische Innovationsstrategie ist auf dieser Plattform verlinkt. „Intelligente Spezialisierung“ steht dabei für die Ermittlung der Alleinstellungsmerkmale und einzigartigen Vermögenswerte eines Landes oder einer Region, das Herausstellen der Wettbewerbsvorteile der einzelnen Regionen und die Mobilisierung von regionalen Akteuren und Ressourcen für eine exzellenzorientierte Vision für die Zukunft. Sie steht ebenfalls für die Stärkung der regionalen Innovationssysteme, die Maximierung des Wissenschaftsaustauschs und die Streuung der Vorteile von Innovation auf die gesamte regionale Wirtschaft. Auch bei der regionalen und lokalen Umsetzung des Grünen Deals ist ein Einsatz der RIS3-Plattform denkbar.

Der Landtag setzt sich daher in Bezug auf die Entwicklungen zur Sustainable Finance Agenda weiterhin dafür ein, dass diese mittelstandsfreundlich und technologieoffen ausgestaltet wird, und verweist dazu auf seinen Beschluss vom 11. Dezember 2019 auf Drs. 18/5424.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird als Konsultationsbeitrag an den AdR und CALRE übermittelt. Der Beschluss wird auch an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament und den Deutschen Bundestag übermittelt.

Die Präsidentin

Ilse Aigner

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

Abstimmung

über Europaangelegenheiten und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die SPD, die FREIEN WÄHLER, die CSU, die FDP und die AfD. Stimmenthaltungen? – Das ist der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Gegenstimmen? – Sehe ich keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Europaangelegenheiten und Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 3)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen
 oder
 Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder
 Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Europaangelegenheiten

1. Konsultationsverfahren der Europäischen Union
 Europäischer Ausschuss der Regionen – CALRE
 Konsultation der CALRE-Mitglieder zur Vorbereitung des
 Arbeitsprogramms der Europäischen Kommission 2022
 Teil I – Migration und Asyl (innen- und sicherheitspolitische Dimension)
 Drs. 18/15231, 18/16621 (G)

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und
 Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Landtag gibt im Konsultationsverfahren die auf Drs. 18/16621
 veröffentlichte Stellungnahme ab.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird als Konsultationsbeitrag
 an den AdR und CALRE übermittelt. Der Beschluss wird auch an die
 Europäische Kommission, das Europäische Parlament und den
 Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

2. Konsultationsverfahren der Europäischen Union
Europäischer Ausschuss der Regionen – CALRE
Konsultation der CALRE-Mitglieder zur Vorbereitung des
Arbeitsprogramms der Europäischen Kommission 2022
Teil II – Migration und Asyl (verfassungsrechtliche Dimension)
Drs. 18/15232, 18/16622 (G)

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und
Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Landtag gibt im Konsultationsverfahren die auf Drs. 18/16622
veröffentlichte Stellungnahme ab.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird als Konsultationsbeitrag
an den AdR und CALRE übermittelt. Der Beschluss wird auch an die
Europäische Kommission, das Europäische Parlament und den
Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

3. Konsultationsverfahren der Europäischen Union
Europäischer Ausschuss der Regionen – CALRE
Konsultation der CALRE-Mitglieder zur Vorbereitung des
Arbeitsprogramms der Europäischen Kommission 2022
Teil III – Verwirklichung des europäischen Grünen Deals
(ökologische Aspekte)
Drs. 18/15233, 18/16644 (ENTH)

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und
Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Landtag gibt im Konsultationsverfahren die auf Drs. 18/16644
veröffentlichte Stellungnahme ab.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird als Konsultationsbeitrag
an den AdR und CALRE übermittelt. Der Beschluss wird auch an die
Europäische Kommission, das Europäische Parlament und den
Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

6. Konsultationsverfahren der Europäischen Union
 Europäischer Ausschuss der Regionen – CALRE
 Konsultation der CALRE-Mitglieder zur Vorbereitung des
 Arbeitsprogramms der Europäischen Kommission 2022
 Teil VI – Digitalisierung im Rahmen des Wiederaufbaus nach der
 COVID-19-Krise
 Drs. 18/15236, 18/16646 (G)

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und
 Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Landtag gibt im Konsultationsverfahren die auf Drs. 18/16646
 veröffentlichte Stellungnahme ab.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird als Konsultationsbeitrag
 an den AdR und CALRE übermittelt. Der Beschluss wird auch an die
 Europäische Kommission, das Europäische Parlament und den
 Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>

7. Konsultationsverfahren der Europäischen Union
 Europäischer Ausschuss der Regionen – CALRE
 Konsultation der CALRE-Mitglieder zur Vorbereitung des
 Arbeitsprogramms der Europäischen Kommission 2022
 Teil VII – Beschäftigung und Sozialpolitik
 Drs. 18/15237, 18/16624 (G)

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und
 Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Landtag gibt im Konsultationsverfahren die auf Drs. 18/16624
 veröffentlichte Stellungnahme ab.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird als Konsultationsbeitrag
 an den AdR und CALRE übermittelt. Der Beschluss wird auch an die
 Europäische Kommission, das Europäische Parlament und den
 Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>

20. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Ralf Stadler, Christian Klingen u.a. und Fraktion (AfD)
Bayerische Solaroffensive stoppen II –
Natur, Mensch und Umwelt schützen
Drs. 18/13622, 18/16336 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

21. Antrag der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Klaus Adelt u.a. SPD
Perspektive für die Grundschülerinnen und -schüler –
Flexible Grundschule zum Standard machen
Drs. 18/13926, 18/16347 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

22. Antrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Uli Henkel u.a. und Fraktion (AfD)
Überbrückungshilfe III in Bayern mit einem Risikobonus erweitern
Drs. 18/13963, 18/16337 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

23. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel u.a. und Fraktion (AfD)
Wertschöpfung der bayerischen Autoindustrie bewahren: synthetische Kraftstoffe dem Wasserstoff und der E-Mobilität gleichstellen
Drs. 18/14003, 18/16338 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

24. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Susanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Neubau Konzerthaus – Entscheidungen nicht weiter hinauszögern
Drs. 18/14134, 18/16319 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

25. Antrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Uli Henkel u.a. und Fraktion (AfD)
Bayerische kleinere und mittlere Unternehmen entlasten:
Stundung und Verzicht auf Rückzahlungen der Corona-Hilfen
Drs. 18/14221, 18/16339 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

26. Antrag der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Klaus Adelt u.a. SPD
Mehr individuelle Förderung – Leistungsstanderhebung als Grundlage
für Förderung im Schuljahr 2020/2021 etablieren
Drs. 18/14337, 18/16348 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

27. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Tobias Reiß, Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Einsatz des Wirkstoffes Ivermectin als Therapeutikum gegen COVID-19 prüfen und ermöglichen
Drs. 18/14387, 18/16357 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

28. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Roland Magerl u.a. und Fraktion (AfD)
Kosten im Gesundheitswesen reduzieren: Studie zu Potenzial in Kliniken
Drs. 18/14493, 18/16358 (A)

Antrag der SPD-Fraktion Votum des mitberatenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

29. Antrag der Abgeordneten Klaus Adelt, Florian Ritter, Inge Aures u.a. SPD
Digitalisierung der Schulen vorantreiben: IT-Bildungsagentur einrichten
Drs. 18/14502, 18/16349 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

30. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Anhörung über die ökonomischen, sozialen und umweltlichen Auswirkungen der Lieferkettengesetze
Drs. 18/14607, 18/16340 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

31. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Dominik Spitzer, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Denken wir europäisch – Grenzregime in Virusvarianten-Gebieten anpassen
Drs. 18/14673, 18/16359 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

32. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Christoph Skutella u.a. und Fraktion (FDP)
Sichere Arbeitsbedingungen und bürokratiearme Einreise für Erntehelferinnen und Erntehelfer
Drs. 18/14786, 18/16360 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

33. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Florian Siekmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Solidarität in Zeiten von Corona:
Globale Pandemiebekämpfung unterstützen
Drs. 18/14791, 18/16325 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und
Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

34. Antrag der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayr, Ruth Müller, Doris Rauscher u.a. SPD
Ausreichendes Angebot ambulanter und stationärer Einrichtungen zur
Vornahme von Schwangerschaftsabbrüchen gewährleisten
Drs. 18/14899, 18/16361 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

35. Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann, Michael Busch, Martina Fehlner u.a. SPD
Corona-Schutzgurgeln: AHA+C+L-Regel erweitern und
Möglichkeiten in Schulen prüfen
Drs. 18/14901, 18/16362 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

36. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Ralf Stadler, Christian Klingen u.a. und Fraktion (AfD)
Bayerische Solaroffensive stoppen III –
Entsorgungsproblematik von Photovoltaikanlagen frühzeitig begegnen
Drs. 18/14972, 18/16341 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

37. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
Sekundärmigration unterbinden
Drs. 18/15061, 18/16321 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und
Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

38. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel u.a. und Fraktion (AfD)
Inzidenz als Parameter für das Infektionsgeschehen ablösen –
keine Betriebsschließungen auf Basis der Inzidenz
Drs. 18/15094, 18/16365 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ohne	<input type="checkbox"/>

Die SPD-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Ablehnung**“ zugrunde zu legen.

43. Antrag der Abgeordneten Wolfgang Fackler, Josef Zellmeier, Alexander König u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Hans Friedl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Senkung der Jahresentgelte für die Errichtung eines Mobilfunkmastes auf einer Freifläche des Freistaates Bayern und Anpassung an die Konditionen des Bundes
Drs. 18/15270, 18/16322 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

44. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Albert Duin, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Tourismuswirtschaft leichtgemacht:
Signatur von Meldescheinen vereinfachen
Drs. 18/15299, 18/16342 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>

45. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Albert Duin, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Aufzeichnungspflichten der Arbeitszeit reduzieren
Drs. 18/15302, 18/16343 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>

46. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Weidehaltung und die Rückkehr der Wölfe – wie können Herdenschutz und Artenschutz optimal gelingen?
Drs. 18/15392, 18/16373 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>					

47. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Hierneis u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gesetzliche Pelzkennzeichnung einführen
Drs. 18/15393, 18/16374 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>					

48. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Florian Siekmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Kommunale Europabüros fördern und Kommunen bei der Einwerbung von EU-Fördermitteln unterstützen
Drs. 18/15397, 18/16324 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und
Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

49. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Migrantenorganisationen und -vereine müssen bei Corona-Hilfen berücksichtigt werden!
Drs. 18/15398, 18/16320 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

50. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Christoph Skutella, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Ausweisung eines großflächigen Schutzgebietes im Steigerwald
Drs. 18/15401, 18/16375 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

51. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gabriele Triebel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Förderprogramm für CO₂-Sensoren und mobile Luftfilteranlagen bis 31.12.2021 verlängern – Präsenzunterricht sicher gestalten
Drs. 18/15434, 18/16351 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

52. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Anhörung zur Situation des Grundwassers in Bayern
Drs. 18/15450, 18/16380 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

53. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gabriele Triebel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Chancengerechte Bildung –
Brückenangebote umgehend komplett bis 2022 finanzieren
Drs. 18/15456, 18/16352 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

54. Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Christian Kligen AfD
Brandschutztore als angewandter Tierschutz
Drs. 18/15477, 18/16413 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

55. Antrag der Abgeordneten Eric Beißwenger, Martin Schöffel,
Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU,
Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Benno Zierer u.a.
und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Schutzstatus des Wolfes überprüfen –
FFH-Richtlinie vollständig umsetzen
Drs. 18/15511, 18/16381 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>